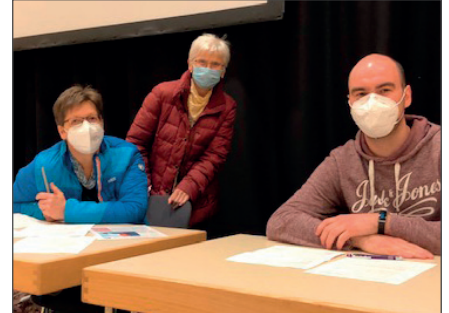


Mitgliederversammlung



Arbeitspräsidium (v.l.n.r.): Claudia Höpfner, Karin Hornschuch, Philipp Leibling



Neumitglieder (v.l.n.r.): Hannes Weiß, Jill Noah Woita, Kevin Keltner
(nicht anwesend: Lucas Schulze, Michelle Wiederhold)

Information über die Mitgliederversammlung des Stadtverbandes DIE LINKE Suhl am 17.4.2021 zur Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung für die Wahl des Bundestagsdirektkandidaten im Bundestagswahlkreis 196 und der Vertreter für die besondere Vertreterversammlung zur Wahl der Landesliste für den 20. Deutschen Bundestag.

An der MV haben 42 Genossinnen und Genossen teilgenommen. Sie lief unter Einhaltung der Corona-Sicherheitsregeln ab. Ina Leukefeld zog in ihrer Rede Bilanz über die inhaltliche Arbeit des Stadtverbandes und stellte dabei gleichzeitig die Verbindung her zu den nächsten Aufgaben.

Sandro Witt erklärte seine Bereitschaft für eine Kandidatur im Wahlkreis und stellte sich vor. Er versicherte, dass er – sollte er als Direktkandidat gewählt werden – selbstbewusst in den Wahlkampf

gehen wird. Ein gutes Fundament bilden dabei seine Erfahrungen aus 8 Jahren gewerkschaftlicher Arbeit. Er möchte damit etwas bewegen und den konservativen Kräften von CDU und AfD etwas entgegensetzen. Dazu zeigte er Problemfelder auf, für die er um Lösungen kämpfen will. So z.B. wer trägt die Kosten der Pandemie? Es geht um Fragen der Umverteilung, z.B. durch Einführung einer Vermögenssteuer. Es folgte eine lebhafte Diskussion. Dann wurden die Vertreter:innen zur Wahl des Bundestagsdirektkandidaten im Bundestagswahlkreis 196 gewählt, die am 8. Mai in Suhl stattfindet. Über das Wahlergebnis informierte Reiner Miersch: Es wurden gewählt Ina Leukefeld, Claudia Höpfner, Heidemarie Schwalbe und Karin Hornschuch sowie Helmut Hellmann, Steffen Hartwig, Philipp Weltzien und Jill-Noah Woita. Für die besondere Vertreterversammlung zur Wahl der Landesliste für den 20. Deutschen Bundestag wurden Ilona

Burandt, Heidemarie Schwalbe, Ronja Lenz, Philipp Weltzien und Helmut Hellmann gewählt.

Im Anschluss informierte Helmut Hellmann über die zeitlichen Abläufe zur Vorbereitung der Bundes- und Landtagswahl. Er warb besonders für das direkte Gespräch mit Wählerinnen und Wählern. Er bat die Mitglieder, sich auf den bereitliegenden Listen einzutragen, um ein Organisationsteam zu bilden.



Unsere Friedensaktion – selbstverständlich mit Abstand unter Einhaltung der Corona-Regeln – stand unter dem Motto „Militarisierung tötet Mensch und Umwelt“. Als zukünftige Kandidaten für die Bundestags- und Landtagswahl beteiligten sich Sandro Witt und Philipp Weltzien gemeinsam mit den Suhler Genossinnen und Genossen gern an dieser Aktion. Bunte Ostereier sowie Flugis, die wir verteilten, sollen ein Werbeträger für Aufbruch, Zuversicht und hoffentlich bald ein Ende von Corona sein, ein Zeichen für eine friedliche Welt. Wir sagen: Mit den Sorgen und der Not von Menschen macht man keine Geschäfte! Das Jahr der Bundes- und Landtagswahl muss ein Jahr der lebendigen Demokratie, des Friedens, der Abrüstung und des solidarischen Zusammenhaltens werden. – Ilona Burandt – (Foto: Ina Leukefeld)

Zurück in die Zukunft

Inspiziert wurde die Beratung in der Mitgliederversammlung am 17.04.2021 von dem einleitenden Bericht der Stadtverbandsvorsitzenden Ina Leukefeld und von Sandro Witt, der in einem Gespräch mit Ina seine Bereitschaft bekundet hatte, in unserem Wahlkreis für die Wahlen zum Bundestag zu kandidieren. Das bestimmende und wichtigste Problem unserer Zeit sah Sandro in der immer größer werdenden Kluft zwischen den Menschen, die von ihrem Vermögen leben, und jenen, die allein von ihrer Arbeit leben müssen. Daraus leitete er ab, dass DIE LINKE sich intensiv um Veränderungen der Vermögensverhältnisse in unserem Land kümmern muss. Das ist keine abstrakte theoretische Frage. Sie betrifft das tägliche Leben von Menschen, die überhöhte Mieten nicht mehr zahlen können und jene, die ohne die Tafeln ihre Familien nicht ernähren können oder auch junge Paare, die weder eine bezahlbare Wohnung finden noch die überhöhten Bodenpreise für ein Einfamilienhaus bezahlen können. Vermögensumverteilung brauchen wir aber auch für Investitionen in das Gesundheitswesen und die Pflege, für die Schulen, den öffentlichen Nahverkehr und das kulturelle Leben. Andererseits sind „die Reichen von heute“ nicht nur Milliardäre, sondern Milliardäre, Menschen und Finanziers, die über mehr als 1000 Millionen Vermögen verfügen.

Ein Prozess, der die Machtverhältnisse tiefgreifend verändert hat. Die Misswirtschaft eines einzigen Finanzmagnaten kann, wie bei Wirecard, die Volkswirtschaft eines ganzen Landes beschädigen. Große Geldpools wie Hedgefonds oder Pensionsfonds können nach Belieben große Summen investieren und wieder abziehen und damit die Kontrolle über das Management der Unternehmen gewinnen. Begleitet wird das von der herrschenden Politik des Neoliberalismus, nach der sich die Unternehmen allein um die Gewinnmaximierung zu kümmern hätten, ohne jede Rücksicht auf Konsequenzen. Dieser Weg führte 2008 zu einem Finanzcrash. Von da an sollte überall nur noch gespart werden, nur an den Dividenden nicht. Selbst in diesem Jahr zahlt der Daimler-Konzern nach dem Empfang öffentlicher Hilfgelder vom Staat erhöhte Dividenden. Aktuell geht es dringend um eine Neuauflage des Mietendeckels für die gesamte Bundesrepublik. Nach einem Jahr Pandemie erinnere ich an die politische Grundstimmung zu Beginn des Jahres 2020. Damals war nur noch jede und jeder achte in Deutschland überzeugt, von einer wachsenden kapitalistischen Wirtschaft profitieren zu können. Die Mehrheit ging davon aus, dass der Finanzkapitalismus den Menschen mehr schadet als nützt. Da kann ich nur feststellen: Zurück in die Zukunft! – AKW –

Besser morgen als NIE

Manchmal dauern Erkenntnisprozesse etwas länger.

Im Freien Wort war umfänglich zu lesen, dass die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag völlig außer sich ist, dass eigene Mitglieder durch Korruption, Selbstbereicherung und Vertrauensmissbrauch innerhalb der Partei und vor allem gegenüber ihren Wählern auffallen. Gut, dass es sich nicht vertuschen ließ, sage ich. Der Suhler Mark Hauptmann musste seine Konsequenzen ziehen, aber der Sumpf ist viel tiefer, das liegt auf der Hand.

Nun fordert die CDU, dass ein Lobbyregister beim Thüringer Landtag geschaffen werden soll, um bei jedem Kontakt gegenüber dem Landtag, seinen Gremien, Fraktionen, Abgeordneten oder Mitgliedern der Landesregierung die Identität und das Anliegen ihres Auftrag- oder Dienstgebers offen zu legen. Bezahlte Lobbytätigkeit von Abgeordneten gegenüber der Landesregierung und dem Landtag sowie die Annahme von Geldspenden will die CDU vollständig verbieten. Ok. Das gibt es bei uns qua Beschluss eines Bundesparteitages schon lange nicht. Wir nehmen keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten an – übrigens als einzige Partei im Bundestag.

Ich frage mich allerdings ernsthaft, wie kurz das Gedächtnis der CDU ist. Das bundesweit beispielhafte Thüringer Transparenzgesetz wurde erst 2019 gegen die Stimmen der CDU-Fraktion verabschiedet. Damals hieß es: Unter dem Deckmantel „transparentes Verwaltungshandeln“ strebt es – weit über erforderliche Anpassungen an die europäische Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) hinaus – eine allumfassende Bürgerbeteiligung durch weitestgehende Teilhabe am Informations- und Wissensstand der Verwaltung an. Damit drohe eine Lähmung der Verwaltung, so die CDU. Unter Verweis auf die Stellungnahme der Thüringer Verwaltungsrichter sprach der CDU-Innenpolitiker Jörg Kellner damals von einem „Bürokratiemonster, das das Ziel einer bürgerfreundlichen Verwaltung konterkariert“.

Im Bund hat die CDU bis heute ein solches Gesetz verhindert.

Aber es ist ja nie zu spät für gewisse Einsichten. Besser heute als morgen, besser bald als NIE.

– INA LEUKEFELD –

– INA LEUKEFELD –

Kriminelles muss geahndet werden

Seit Wochen verfolgen wir angespannt die Situation in der Suhler Erstaufnahmestelle. Wie bekannt, wendet sich DIE LINKE nicht gegen eine solche Landeseinrichtung, denn Geflüchtete brauchen eine rechtmäßige Prüfung und Entscheidung über ihr Bleiberecht.

Deshalb sind wir selbstverständlich gegen eine Schließung der EAE und teilen die Intention der Petition so

nicht. Aber klar, dass kriminelles Handeln geahndet werden muss und die Konsequenz des Rechtsstaates erfordert, so wie bei jedem anderen Bürger auch. Deshalb verlangen wir vom Land mit Nachdruck eine robuste Unterbringung an einem anderen Ort von nachgewiesenen Straftätern und mit entsprechender Begleitung. Die müssen merken, dass es so nicht geht. Sie verunsichern nicht nur die Anwohner, sondern auch die anderen Geflüchteten in der EAE, vor allem die Familien.

Ich habe mich mit diesem Anliegen auch an den Thüringer Ministerpräsidenten und die zuständigen Landtagsabgeordneten gewandt und dabei Zustimmung erfahren. Die Lage darf sich nicht weiter zuspitzen. Deshalb ist jetzt engagiertes Handeln gefordert, damit in der Bevölkerung nicht rechte Kräfte Oberhand gewinnen, die noch mehr Frust und Angst gegenüber allem Fremden verbreiten.

Suhler ANDERE Zeitung Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE.Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag | **Preis:** eine Spende | **Herausgeber:** DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl | **Tel./Fax:** 03681/308158 | **Web:** www.die-linke-suhl.de | **e-Mail:** rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de
IBAN DE59 8405 0000 1705 0071 51
BIC HELADEF1RRS, Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl
V.i.S.P.: Ina Leukefeld | Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen
Redaktionsschluss unserer Juni-Ausgabe 2021 ist am 22.05.2021

Im Wahlkreis unterwegs



Am 31.03.2021 besuchte Landtagsabgeordneter Philipp Weltzien die Schuderbachwiese in Oberhof. Grund dafür war eine Petition von Franz Elschner vom NABU, welcher verhindern möchte, dass die Wiese durch einen wirtschaftlich und spielerisch unrentablen Golfplatz ersetzt werden soll. Die 8,5 Hektar große Borstgraswiese in 900 Metern Höhe beherbergt circa 150 verschiedene Pflanzen und Pilzarten, von welchen 46 auf der roten Liste stehen. Für diesen Bau müssten noch ca. 10-15 Hektar zusätzlich an Wald gerodet werden. Dies würde vor allem die Artenvielfalt des Biotops, welche auf dieser Wiese wachsen und gedeihen, zerstören. Diese Wiese sei „eine der wertvollsten Wiesen“, sagt der Deutschland-Chef des Naturschutzbundes (NABU), Jörg-Andreas Krüger. Franz Elschner und viele andere nicht nur ortsansässige Umweltvereine appellierten abschließend nochmals an den NABU Chef Jörg-Andreas Krüger, sich bitte für diese wundervolle Wiese einzusetzen.

„Es ist die falsche Sportart an der falschen Stelle“, bezog der Abgeordnete der Linken im Landtag, Philipp Weltzien, klar Position. Als Mitglied im Petitionsausschuss des Landtages hat er die Anhörung der Naturschützer im Juli vergangenen Jahres miterlebt. Sie habe vielen Abgeordneten die Augen geöffnet. „In den Köpfen der LEG-Mitarbeiter ist das aber noch nicht angekommen“, meinte Philipp. Dass das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, liege daran, dass der Ausschuss nicht Herr des Verfahrens sei und seine Zuständigkeit eher auf einer abstrakten Ebene liege. Planungsrecht gehöre in den Aufgabenbereich der kommunalen Selbstverwaltung. Einen Interessenten, der das Areal nutzen möchte, könne die Stadt Oberhof nicht unbegründet abweisen, da ein alter, aber

gültiger Bebauungsplan auf dem Gelände liege. Was die Golfplatz-Pläne deutlich behindern würde, wären hingegen negative Stellungnahmen der Unteren und Oberen Naturschutzbehörden. „Dann hätte die Stadt etwas in der Hand“, sagt Philipp Weltzien. Diese Ausführungen wiederum lägen aber noch nicht vor. Im Anschluss könne dann die Möglichkeit ergriffen werden, in einem persönlichen Gespräch mit der LEG das Projekt rund um das historische Hickory-Golfen endgültig zu begraben, nennt der Landtagsabgeordnete nächste mögliche Schritte.

Im Anschluss bot sich Philipp dann noch die Möglichkeit, sich über aktuelle Projekte des NABU in Zella-Mehlis zu informieren. Gemeinsam mit Franz Elschner, Hartmut Kempf sowie Lena und Anja Zimmermann nahm er die Streuobstwiese in der Rodebachstraße mit seltenen alten Obstsorten und das angrenzende Feuchtbiotop in Augenschein. Hier hatte der NABU in vielen ehrenamtlichen Stunden ein Kleinod geschaffen, das nicht mal 3 Minuten Fußweg von der dichten Wohnsiedlung entfernt ist.

Nachdem sich die Teilnehmer im Jugendzimmer der NAJU über vergangene und geplante Jugendprojekte ausgetauscht hatten, endete der Tag mit der Besichtigung einer instandgesetzten Fledermaushöhle in der Talstraße. Früher als Stollen, später als Bunker genutzt, bietet das alte Gemäuer heute eine neue Heimat für zahlreiche einheimische Fledermäuse. Dem Einsatz des NABU ist es zu verdanken, dass die Höhle von Unrat befreit wurde und ein neues einbruchssicheres Tor die Fledermäuse vor feierwütigen menschlichen Gästen bewahrt. Franz Elschner erläuterte Philipp die weiteren Pläne, welche vorsehen, auch das andere Ende frei zu legen und die mehreren Kubikmeter Müll zu entfernen. Damit aus der Fledermaushöhle ein Fledermaustunnel werden kann wird noch einiges an Arbeit auf die vielen hochmotivierten Ehrenamtler des NABU zukommen. Für die nötigen finanziellen Mittel sagte Philipp Unterstützung zu.

Philipp bedankt sich bei den vielen Freiwilligen, die in den Umweltvereinen immer wieder großartige Projekte entwickeln und umsetzen, damit unsere Region jeden Tag ein bisschen grüner wird.

– ILONA BURANDT –

Freudentänze für Höcke ?

Zu einem FW-Leitartikel zum Thema Nominierung Maaßens als Kandidat für die Bundestagswahl durch Kreise der Südthüringer CDU lautete die Überschrift „Ein faules Ei“. Das fand ich äußerst treffend. Ihnen müsste eigentlich die Schamröte ins Gesicht steigen angesichts dieses bereits geschassten Politikers, Voreiters der sogenannten Werteunion in der CDU und insbesondere seiner geistigen Nähe zur AfD. Schon vergessen, wie der Bundesverfassungsschutz im Kampf gegen Rechts versagte, dessen Chef u.a. Maaßen war? Trotz bundesweiten Wirbel um diese Personalie sowie kritischen Hinweisen von verschiedenen Seiten beharrten die Macher um Herrn Liebaug im Kreisverband Schmalkalden-Meinungen auf dessen Kandidatur. Auch für den Landtagsabgeordneten Heym ist Maaßen im bevorstehenden Südthüringer Wahlkampf der richtige Mann! Soll sich vergangener und gegenwärtiger Desaster in dieser Partei ein neues anschließen? Herr Höcke wird dann Freudentänze vollführen. Außerdem: Viele Menschen, gerade im Osten können noch nicht ganz vergessen, wie viele abgehalfterte Politiker in Behörden auftauchten, als auch sogenannte Berater und andere Führungskräfte aus Bereichen der Wirtschaft nach der Wende den Osten „überrannten“. Inzwischen gab Maaßen dem „FW“ ein Interview nach einem Auftritt vor Delegierten in Schwallungen. Als ich das las, fiel mir das Märchen vom Wolf und den sieben Geißlein ein und besonders wieviel Kreide der Wolf gefressen hatte, um sein Ziel zu erreichen. Nein, er selber nimmt sich nicht als rechts wahr. Offenbar sehen das doch große Teile der Öffentlichkeit ganz anders! Ist die CDU personell so schwach, dass es bis dahin keinen geeigneten Thüringer Kandidaten gab? Und wie steht es um die Nachfolgerin von Hauptmann im Bundestag, Frau Nordt? Passt sie nicht in die Männerriege? Die Hoffnung, dass angesichts zahlreicher Kritiken am Handeln der CDU um Herrn Liebaug noch Vernunft in die Reihen der CDU Südthüringens einzieht, war offenbar vergebens. Aber es wäre ganz interessant zu wissen, was der Schuler OB von den Auffassungen und dem maßgeblichen Treiben seines - immerhin - persönlichen Mitarbeiters und CDU-Kreisvorsitzenden Schmalkalden - Meinungen Liebaug hält. Er kann doch nicht so tun, als sei ihm das nicht bekannt.

– GUDRUN JUNGHANNS –

Über meine Begegnung mit einem Leser der SAZ

Immer wenn ich die SAZ verteile, dann versuche ich auch, mit den Lesern ins Gespräch zu kommen. Neulich sagte einer zu mir: „Ich verstehe die Linke nicht mehr“. Ich sagte ihm, ich manchmal auch nicht. Diese kurze Meinungsäußerung führte ein paar Tage später zu einem längeren Gedankenaustausch. Mein Gesprächspartner sagte, er ist enttäuscht darüber, dass DIE LINKE in dieser komplizierten Corona-Situation sich als Frontalopposition gegen die Regierung stellt, statt einen Schritt auf sie zuzugehen und gemeinsam zu kämpfen. Wenn wir NEIN sagen zum Lockdown, stellen wir uns gemeinsam auf eine Stufe mit AfD und FDP. Was bringt es, immer nur zu sagen dort und dort hat die Regierung versagt. Das hilft auch nicht weiter und freut das Virus. Was gibt es denn jetzt Dringenderes, als das Problem Corona zu lösen?

Weiter bewegte meinen Ge-

sprächspartner, dass zu wenig ostdeutsche Interessen vertreten werden und er hofft, dass sich dies im Wahlkampf ändert.

Was Themen im Wahlprogramm betrifft, so sollte unbedingt darauf geachtet werden, das sie realistisch und objektiv sind. Er fragt: Was können wir bei unserer Stärke überhaupt erreichen? Deshalb: Nicht wir werden das und das tun, sondern wir werden immer wieder für die und die Themen streiten, sie auf die Tagesordnung setzen, Anfragen stellen und so die anderen Parteien unter Druck setzen. Auch die Auseinandersetzung mit Sahra Wagenknecht kann er nicht verstehen. Und ich auch nicht. Ich habe gedacht, ich bin in einer pluralistischen Partei und da muss ich auch mal andere Meinungen aushalten. Manchen dargelegten Positionen von Sahra in der Sendung mit Markus Lanz kann ich zustimmen, anderen

wie zur Flüchtlingspolitik nicht. Aber solche Machtkämpfe in der Öffentlichkeit auszutragen, statt in der Partei zu diskutieren, finde weder ich gut noch der besagte Leser. Wir waren uns beide einig, dass dieses Gespräch für uns bereichernd war und wir zu gegebener Zeit mit dann aktuellen Themen wiederholen wollen.

Ich dachte, gut dass sich die CDU/CSU mit ihrer Kanzlerkandidatur zerlegt und was machen wir? Auch Machtkämpfe? Wie soll man sich da für den Wahlkampf motivieren?

Manchmal frage ich mich, wo ist die Linke (PDS) geblieben, mit der wir z.B. Anfang 1990 Ferienwochenenden mit Kindern im Bildungscamp Christes organisierten oder unsere Medienspektakel auf dem Hoheloh. So eine Gemeinsamkeit wünschte ich mir wieder.

– KARIN HORNSCHUCH,

AUS MEINEM DISKUSSIONSBEITRAG ZUR MV –

Literaturempfehlung – Lehren aus Weimar

Angesichts der immer deutlicher werdenden Parallelen heutiger Entwicklungen zur Weimarer Republik ist die Auseinandersetzung mit den wirklichen Ursachen ihres Zerfalls und mit dem Faschismus in Vergangenheit und Gegenwart notwendiger denn je. Spätestens mit der Wahl Kemmerichs zum Kurzzeitministerpräsidenten Thüringens am 5. Februar 2020 durch eine reaktionäre Mehrheit von CDU, FDP und AfD müssen die akuten Gefahren, die sich aus dem Zusammenspiel einer verantwortungslosen „bürgerlichen Mitte“ mit extrem reaktionären Kräften ergeben, noch ernster genommen werden. Am 5. Februar 2020 erlebten wir analog zu 1932 so etwas wie die Renaissance einer „Göhring-Mehrheit“ in einem deutschen Parlament. Heute noch will uns die vorherrschende Geschichtsdoktrin weismachen, dass die Weimarer Republik an einer „destruktiven Mehrheit“ von KPD und NSDAP gescheitert sei, eine solche Mehrheit hat es allerdings nie gegeben, im Gegenteil, es gab eine Mehrheit der bürgerlichen und der nazisti-

schen Kräfte. Die in dem Buch „Das faschistische Echo der Vergangenheit“ dargestellten Kontinuitätslinien bürgerlicher Politik und Ideologie, einschließlich der Geschichtspropaganda, verdienen eine größere Aufmerksamkeit auf der linken Seite des politischen Spektrums.

Auch die Frage, die der DDR-Historiker Wolfgang Ruge gestellt hatte und die ihn zum Beobachtungsobjekt machte, „Wer schreibt eigentlich Geschichte, wir oder die Partei?“ ist heute eine sehr aktuelle Frage. Auch heute sind wir mit mannigfachen Versuchen konfrontiert, den Bürgerinnen und Bürgern Geschichtsbilder über zu stülpen, in erster Linie durch Medien und Kommissionen, aber auch von Parteien und Regierungen, auch in Thüringen. Wir tun alle gut daran, uns des eigenen Verstandes und der eigenen Erfahrungen zu bedienen und genauer hinzuschauen, wenn uns Geschichte „vermittelt“ wird. Gerade im Wahljahr nehmen die holzschnittartigen und einseitigen Interpretationen geschichtlicher Ereignisse und die Dichte der ideologisch motivierten

Darstellungen historischer Ereignisse zu. Das vorliegende Bändchen ist zur genaueren Lektüre nur zu empfehlen.

–EBE–

Ludwig Elm/Manfred Weißbecker u.a.

Das faschistische Echo der Vergangenheit, Lehren von Weimar für linke Politik heute

Eine Veröffentlichung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen

128 Seiten | 2021 | EUR 10.00

VSA: Verlag Hamburg ISBN 978-3-96488-089-5

Auch unsere Fraktion muss sich den aktuellen Gegebenheiten anpassen und neue Wege gehen. So sieht eine Fraktionssitzung per Videokonferenz aus. Hier wird gerade über einen Antrag zum Thema Kultur gesprochen, den wir im Mai in den Stadtrat einbringen wollen. ▼



Termine Mai 2021 (Alle Termine vorbehaltlich der aktuellen Situation und der staatlichen Genehmigung)

08.05.	10.30 Uhr	Vertreter_innenversammlung zur Wahl unseres Direktkandidaten für die Bundestagswahl
	ca. 13 Uhr	individuelles Gedenken zum Tag der Befreiung am sowjetischen Ehrenmal
21.05.		Gespräch des MP Bodo Ramelow mit unseren Kandidaten Sandro Witt und Philipp Weltzien per Video
26.05.	17.00 Uhr	Stadtratssitzung, Saal Simson, CCS